

**SCHWEIZERISCHE MISSION  
BEI DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

Brüssel, den 18. Juli 1990

Besuch von Herrn Bundesrat J.-P. DELAMURAZ (BRD) in Brüssel

**1. Einleitung**

Am 17. Juli 1990 stattete der Vorsteher des EVD in seiner Eigenschaft als amtierender Vorsitzender des EFTA-Rats auf Ministeriebene der EG-Kommission den traditionellen Besuch ab, der den Beginn einer neuen EFTA-Präsidentschaft markiert. Praktisch fiel dieser Besuch auch zusammen mit dem Beginn der Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum. Unter diesem Zeichen standen namentlich die Begegnungen mit dem Präsidenten der EG-Kommission, J.DELORS, sowie mit Vizepräsident F.ANDRIESSEN, während die Gespräche mit den übrigen Kommissionsmitgliedern eher bilateralen Charakter hatten. Als Vertreter der EFTA-Präsidentschaft nahm BRD auch, zusammen mit dem "Hausherr", EFTA-Generalsekretär G.REISCH, an der Einweihung der neuen Räumlichkeiten der Brüsseler Zweigstelle des EFTA-Sekretariates teil. In seiner kurzen Ansprache vor den zahlreichen geladenen Gästen aus EG- und EFTA-Kreisen, darunter auch F.ANDRIESSEN, mehrere Ständige Vertreter von EG-Staaten, Mitglieder des Europäischen Parlaments usf., bezeichnete BRD das attraktive Gebäude als handfesten Ausdruck des Willens und der Fähigkeit der EFTA-Länder, mit einer Stimme zu sprechen, die laufenden Verhandlungen sorgfältig vorzubereiten und aktiv voranzutreiben. Er unterstrich ferner die von EG und EFTA geteilte Verantwortung für den Aufbau Europas. BRD benützte seinen Aufenthalt schliesslich zu einem Arbeitslunch mit den in Brüssel unter dem Vorsitz von Staatssekretär F.BLANKART tagenden Chefunterhändlern der EFTA-Länder.

**2. Grundbotschaft**

BRD legte Wert darauf, allen seinen Gesprächspartnern eine grundlegende Botschaft als EFTA-Präsident zu überbringen:

- Die Schweiz ist gewillt, ihre Verantwortung als Vorsitzland der EFTA aktiv und mit vollem Engagement wahrzunehmen.
- Die EFTA führt diese Verhandlungen mit einem ehrgeizigen Ziel; der künftige EWR-Vertrag soll inhaltlich einen breiten Bereich beschlagen.

- Die EFTA hat sich selber die Mittel, einschliesslich der personellen Mittel, gegeben, um die Verhandlungen in zügigem Rythmus zu führen. Das könnte bedeuten, dass bis im Oktober ein Grundmuster eines Vertrages vorliegt und dass die Verhandlungen noch im laufenden Jahr abgeschlossen werden. BRD betonte jedoch stets, dass die EFTA primär einen befriedigenden Vertrag anstrebt, selbst wenn dies um den Preis einiger zusätzlicher Monate Verhandlungszeit geschieht.

### 3. Gespräch mit Präsident J.DELORS

Dieses Gespräch fand unter vier Augen statt und dauerte 45 Minuten. Es war ein sehr offenes, dichtes und freundschaftliches Gespräch.

3.1. Den Hinweis in der Grundbotschaft auf die EFTA-seitig bereits ergriffenen Massnahmen zur Stärkung der eigenen Basis ergänzte BRD mit der Erwartung, dass die EG ihrerseits die erforderlichen Mittel in diese Verhandlung investiert. Präsident DELORS nahm davon Kenntnis, anerkannte indessen freimütig, dass die Kommission mit neuen Aufgaben stark belastet ist ("on n'en peut plus"), dass ihre Kräfte namentlich durch die Vorbereitung der deutschen Einheit und die Verhandlungen mit den Ländern Zentral- und Osteuropas über Gebühr in Anspruch genommen werden.

3.2. BRD schnitt sodann das Thema des Wechselverhältnisses zwischen dem Umfang des in den EWR-Vertrag einzubauenden "Acquis communautaire" einerseits und den institutionellen Vorkehrungen zur Verwaltung, Ueberwachung und Weiterentwicklung des Vertrages andererseits an. Er erläuterte die Gründe für die von der EFTA als notwendig erachteten Uebergangsfristen und die nicht sehr zahlreichen nicht befristbaren Sonderregelungen, wo es um fundamentale Interessen einzelner EFTA-Länder geht. Präsident DELORS setzte zwar ein Fragezeichen hinter den Anspruch auf dauerhafte Abweichungen, zeigte aber im Uebrigen Verständnis.

3.3. Zum Thema der Beschlussfassungsregeln im künftigen EWR-Vertrag erinnerte BRD DELORS an die auffallende Abschwächung der dieser Frage gewidmeten Ausführungen zwischen der Rede des Präsidenten vom 17. Januar 1989 und jener, die er ein Jahr später hielt. Er unterstrich auch die grosse Bedeutung dieses Aspektes für die innenpolitische Akzeptanz eines EWR-Vertrages.

DELORS betonte in seiner Antwort, eine befriedigende Lösung dieses institutionellen Dilemmas könne erst erwartet werden, falls und wenn es der EG gelingt, ihrer gegenwärtigen Verletzlichkeit ("fragilité") zu entwachsen. Er nannte zwei Tests ("des épreuves révélatrices") für den Willen der EG-

Staaten, ihren schönen Worten auch politische Taten folgen zu lassen. Bestehen sie sie, so werde auch, was das Verhältnis zur EFTA anbelangt, "alles" möglich sein:

- den KSZE-Prozess, namentlich das Gipfeltreffen vom 19. November in Paris, wo sich erweisen muss, ob die EG auch in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen vermag,
- die am 13. bzw. 14. Dezember beginnenden beiden Regierungskonferenzen zur Revision der EG-Verträge im Hinblick auf die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion einerseits und einer Politischen Union andererseits.

BRD stellte fest, dass diese Beurteilung nicht zuletzt die Frage nach der Richtigkeit der bisher geltenden Zeitplanung für die EWR-Verhandlungen aufwirft. Zumindest erscheinen etwa die Vorstellungen der italienischen EG-Präsidentschaft über einen Vertragsabschluss noch im laufenden Jahr als besonders unrealistisch. Auf die Bemerkung von BRD, ein unbefriedigendes Ergebnis der EWR-Verhandlungen könnte eine rasche Inflation bei den Beitrittskandidaturen bewirken (neuster Zuwachs in der Warteschlange: Zypern und Malta), quittierte DELORS mit der Bemerkung, er betrachte den EWR tatsächlich als Testfall. Er selber glaube, die EG sollte bei 12 Mitgliedern bleiben "pendant un certain nombre d'années encore", um ihre innere Stärkung vollenden zu können.

#### 4. Gespräch mit Vizepräsident F. ANDRIESEN

Diesem Gespräch von über einer Stunde Dauer wohnten auch EFTA-Generalsekretär G.REISCH und der österreichische Missionschef, Botschafter W.WOLTE (EFTA-Vorsitz 1. Hälfte 1991), bei.

4.1. ANDRIESEN benützte diese Gelegenheit, um seiner Unterstützung für das EWR-Konzept ("je reste engagé comme toujours") Ausdruck zu verleihen, wofür ihm BRD im Namen der EFTA ausdrücklich dankte. ANDRIESEN und BRD stimmten darin überein, dass die Verhandlungen recht gut begonnen haben. Was EG-seitig die Mobilisierung von Ressourcen und Zeit anbelangt, bemerkte ANDRIESEN leicht resigniert "nous faisons ce que nous pouvons" und nahm die "Ungeduld der EFTA" mit Befriedigung zur Kenntnis.

4.2. ANDRIESEN bemerkte ferner, er verstehe zwar das von der EFTA-Seite gezeigte Interesse für institutionelle Aspekte, riet indessen, in dieser Hinsicht nicht zu übertreiben, und bat um Verständnis für die EG-internen Schwierigkeiten (Europ. Parlament etc.). Selbstverständlich müsse man für die institutionellen Frage Lösungen finden,

aber wohl erst, wenn die Substanz auf dem Tisch liegt ("si l'acquis se présente bien"). BRD wies auf die tiefe politische Interrelation von Substanz und Institutionen hin. Ein "Exklusivismus" sei nicht möglich.

4.3. Was die Zeitplanung anbelangt, wiederholte ANDRIESEN frühere Aussagen, wonach er einen Verhandlungsabschluss vor Ende Jahr für "etwas ambitiös" halte. BRD unterstrich seine Präferenz für einen guten gegenüber einem frühen Abschluss. Was insbesondere die Vorstellungen der italienischen EG-Präsidentschaft anbelangt, so hat die Schweiz diesbezüglich mit Rom keine Gespräche geführt. Auf die Frage von BRD, wie denn konkret allfällige neuartige Zeitvorstellungen in den Verhandlungsprozess eingebracht werden könnten, antwortete ANDRIESEN, solche Ideen vermöchten das Verhandlungsmandat nicht zu beeinflussen. Italien werde wie alle EG-Staaten informiert. Punkt. Beide Gesprächspartner sind sich einig, dass etwa eine Aufteilung der Verhandlungsmaterie auf zwei oder mehr sukzessive Verträge oder die Durchführung einer eigentlichen "mid-term-review" (in der Uruguay-Runde kostete diese "Übung" vier wertvolle Verhandlungsmonate!) die Dinge nur komplizieren müssten. Das schliesst nicht aus, dass die Minister zu gegebener Zeit eine informelle Zwischenbilanz ziehen.

4.4. Zum Thema Uruguay-Runde (ANDRIESEN ist für diese GATT-Verhandlungen innerhalb der Kommission federführend) bemerkte der Vizepräsident, der Weltwirtschaftsgipfel von Houston habe positive Impulse gebracht. Die sieben Staats- oder Regierungschefs hätten sich persönlich für den Erfolg dieser Verhandlung engagiert. Die Erklärung enthalte manch gute Formulierung, so etwa in der bisher deutlichsten Verurteilung des handelspolitischen Unilateralismus. Was die Behandlung der Landwirtschaft anbelangt, so dürfte in Houston die amerikanische Idee einer vollständigen Beseitigung aller Stützungsmaßnahmen endgültig zu Grabe getragen worden sein und es sei auch die Spezifität der europäischen Landwirtschaft ausdrücklich anerkannt worden.

Natürlich müsse nun konkret verhandelt werden. Die EG werde die Vorschläge des Vorsitzenden des Agrarverhandlungsausschusses, A. DeZEEUW, kommentieren, sie jedoch nicht als Verhandlungsgrundlage anerkennen können (vgl. Ziff. 6, Gespräch mit Kommissionsmitglied R. MacSHARRY). Er, ANDRIESEN, habe dem Ministerrat am gleichen Tag gesagt, die EG müsse angesichts der wieder steigenden Agrarausgaben ihre Landwirtschaftspolitik ohnehin einer neuen Prüfung unterziehen. Dabei täte sie gut daran, auch die externen Aspekte einzubeziehen. Ohne auf Utopien hereinzufallen, sollte deshalb in Genf ernsthaft verhandelt werden.

Interessant waren die Äusserungen ANDRIESENS zum Agrarteil der EWR-Verhandlungen. Die Schweiz vertritt bekanntlich die Auffassung, abgesehen vom Abbau von Handelsschranken auf dem

Gebiet der phytosanitären und veterinärpolizeilichen Kontrollen und dem Regime für verarbeitete Lebensmittel habe der Austausch von Agrarkonzessionen im Sinne eines verbesserten Marktzutritts ausschliesslich im Rahmen der Uruguay-Runde zu erfolgen. Es sollten nicht "zwei Schalter" eröffnet werden. ANDRIESEN erwiderte, auch die EG stehe vor diesem Dilemma. In Wirklichkeit gebe es drei "Schalter", denn EG und EFTA werden bald feststellen können, dass die Länder Mittel- und Osteuropas in den bevorstehenden Verhandlungen grosses Gewicht auf Agrarkonzessionen legen werden. Wir werden dem nicht ausweichen können. Was im GATT erledigt werden kann, kommt allen zugute, so dass nicht von einer Kumulation gesprochen werden kann. Staatssekretär BLANKART plädierte für eine ganzheitliche Betrachtung und eine Koordination der verschiedenen Verhandlungsfronten. ANDRIESEN fand diese Idee interessant.

4.5. Was schliesslich die Beziehungen zwischen der EG und den Ländern Mittel- und Osteuropas anbelangt, vermittelte ANDRIESEN einen Ueberblick über die Pläne der EG: Jedes Land wird separat behandelt. Von keiner Seite wird die Idee einer Multilateralisierung mehr ins Gespräch gebracht. Die UdSSR ist ein Sonderfall. Institutionell handelt es sich um klassische Assoziierungsverträge, die hinter dem EWR-Modell zurückblieben. Längerfristig könnte man sie auf alle vier Freiheiten und Begleitpolitiken ausdehnen und auch den Uebergang zur Zollunion prüfen. Ferner ist ein politischer Dialog vorgesehen. (P.S. Der am gleichen Tag in Brüssel seine Aufwartung machende ungarische Premierminister ANTALL kündigte an, Ungarn strebe eine EG-Mitgliedschaft ab 1. Januar 1995 an.)

ANDRIESEN kam von sich aus auf die Notwendigkeit zu sprechen, dass EG und EFTA einander laufend über ihre Verhandlungen mit den genannten Ländern informieren. In der Tat fand am Vortag unter dem Vorsitz des Chefs der Schweizerischen Mission bei den EG ein Treffen mit der EG-Kommission (GD I) statt, das es dem Vorsitzenden des EFTA-Rats, Botschafter W.ROSSIER, gestattete, den Stand der EFTA-Gespräche mit Ungarn, Polen und der CSFR sowie mit der Türkei darzulegen. Die Kontakte werden im September fortgesetzt.

4.6. BRD benützte die Gelegenheit, um als Vertreter der Schweiz kurz auf zwei verkehrspolitische Dossiers hinzuweisen. Die Schweiz bedauert, dass der Rat dem Antrag der Kommission auf Eröffnung von Luftverkehrsverhandlungen mit allen sechs EFTA-Ländern nicht gefolgt ist und grünes Licht nur für die Verhandlungen mit Schweden und Norwegen gegeben hat. Diese Aufspaltung steht im Widerspruch zur Insistenz, mit der die EG die EFTA-Länder in den EWR-Verhandlungen zum Sprechen mit einer Stimme anhält.

Was die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG-Kommission über den Landverkehr einschliesslich Transitfragen anbelangt, die nach BRD nun im Reifestadium stehen, legt die Schweiz grosses Gewicht darauf, dass für die anstehenden wichtigen Beschlüsse über die neuen Alpen-transversalen absolut klare und dauerhafte Voraussetzungen geschaffen werden. Die Elemente einer Abmachung auf diesem Gebiet können nicht anschliessend in EWR-Verhandlungen wieder in Frage gestellt werden.

#### 5. Gespräch mit Kommissionsmitglied R. MacSHARRY

Der ehemalige irische Finanzminister ist als Nachfolger von ANDRIESSEN heute in der EG-Kommission verantwortlich für die Agrarpolitik. Dem Gespräch wohnten u.a. auch der für die internationalen Fragen zuständige stv. Generaldirektor R. MOEHLER sowie schweizerischerseits Botschafter D. dePURY bei.

5.1. BRD legte auch hier die schweizerische Auffassung dar, wonach die Liberalisierung des Agrarhandels im GATT verhandelt werden muss (nicht "zwei Schalter"). MacSHARRY bekräftigt, dass die Landwirtschaft im EWR eine Sonderbehandlung erfahren muss (keine Uebernahme des "acquis communautaire", das durch eine gemeinschaftliche Politik gekennzeichnet ist). Dennoch wird es nach Mac SHARRY nicht möglich sein, ein zweigleisiges Vorgehen GATT - EWR zu vermeiden. Die Uruguay-Runde findet in einem weltweiten Kontext mit 105 teilnehmenden Ländern statt; Ergebnis werden eher globale Abmachungen sein. Die Lösung spezifischer Probleme unter Nachbarn gehört dagegen in den EWR-Rahmen. Präferenzielle Vereinbarungen sind auch für die EFTA-Länder vorteilhafter. Weshalb die USA mitreden lassen, wenn Europäer unter sich sind? Die Insistenz der südlichen EG-Länder auf Agrarkonzessionen im EWR-Rahmen ("Kohäsion") ist ein politisches Problem. Eine Ueberschneidung mit dem GATT braucht es nicht zu geben. Man wird fallweise vorzugehen haben. Herr MOEHLER erinnerte allerdings in diesem Zusammenhang daran, dass es nicht seine Generaldirektion war, die Agrarverhandlungen im EWR-Rahmen vorgeschlagen hat. BRD hielt an seiner Sicht der Problematik fest, nicht zuletzt unter Hinweis auf die öffentliche Meinung in der Schweiz, für die eine Agrarverhandlung mehr als genug sein dürfte.

5.2. Auch MacSHARRY äusserte sich befriedigt über das Ergebnis von Houston (vgl. Aeusserungen von ANDRIESSEN). Eine längere Diskussion entspannte sich sodann um das Schicksal des sog. De ZEEUW-Papiers in der GATT-Verhandlungsrunde von nächster Woche. MacSHARRY bestätigte, dass die EG einen Kommentar liefern werde. Eine Verhandlung über den Text selber ist schon deswegen nicht möglich, weil der Verfasser selber keine Aenderungen will. MacSHARRY betonte, die EG habe ihre Position in den Agrarverhandlungen im März und im Juni festgelegt und realistische Vorschläge gemacht,

die im Einklang stehen mit der Grundverpflichtung von Punta del Este, die Gesamtheit der Agrar-Schutzinstrumente einem wesentlichen Abbau zu unterwerfen. Es besteht kein Grund, jetzt von dieser Haltung abzurücken. Die USA haben leider viele Länder zur irrtümlichen Annahme verleitet, es genüge, den Druck zu steigern, um die EG zu weiteren Konzessionen zu veranlassen. Der Verzicht auf sämtliche Ausfuhrbeihilfen ist in den Worten MacSHARRYS "Wolken-Kuckuck-Land". Alle Gesprächspartner sind sich einig, dass eine Krise in den GATT-Agrarverhandlungen auch die übrigen Verhandlungsbereiche in Mitleidenschaft ziehen müsste.

## 6. Gespräch mit Vizepräsident H. CHRISTOPHERSEN

6.1. CHRISTOPHERSEN ist innerhalb der EG-Kommission namentlich für wirtschafts- und währungspolitische Fragen zuständig. Als Däne gilt er eher als ein Befürworter eines Beitritts der skandinavischen Staaten zur EG. Dennoch unterstrich er gegenüber BRD den Wert des EWR-Konzepts, namentlich im Lichte der Entwicklungen in Osteuropas, wo ein EWR-Vertrag vielleicht eines Tages als Modell erhalten könnte.

6.2. Das Europäische Währungssystem (EWS) hat sich seit seiner Gründung vor mehr als 10 Jahren bewährt. Namentlich in Dänemark, Belgien und Frankreich ist die Inflation auf ein "deutsches Niveau" heruntergebracht worden. Der Schlüssel zum Erfolg ist der Parallelismus zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaftspolitik.

6.3. Die Vorbereitungen auf die Regierungskonferenz zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) schreiten gut voran. Noch im August wird die Kommission ihre Vorschläge für Vertragsergänzungen unterbreiten. Sie hofft auf eine Behandlung in Rat und Parlament im Oktober. Die zwölf Zentralbanken werden ihrerseits ihren Entwurf für die Statuten des Europäischen Zentralbankensystems rechtzeitig vorlegen, so dass der ausserordentliche EG-Gipfel vom 3. November alle einschlägigen Unterlagen vor sich haben wird. Kann die Revisionskonferenz im Sommer oder Herbst 1991 abgeschlossen werden, so wären 12 bis 14 Monate für die Ratifikation und ca. ein Jahr für den Erlass der Ausführungsgesetze vorzusehen. Dies würde bedeuten, dass Stufe 2 des Delors-Plans (Stufe 1 steht bekanntlich seit dem 1. Juli 1990 in Kraft) am 1. Januar 1994 in Kraft treten könnte und die Gemeinschaft 1995 oder 1996 über eine einheitliche Währung verfügen könnte.

6.4. CHRISTOPHERSEN legt Wert auf die Feststellung, dass eine solche Entwicklung natürlich auch den Nachbarn der EG den Vorteil der Stabilität und des Wegfalls der Transaktionskosten (schätzungsweise 20 Mrd ECU pro Jahr) bringen wird. Dem stimmt BRD ausdrücklich zu. Im Augenblick ist noch

nichts vorgesehen, was eine formelle Zusammenarbeit zwischen dem neuen System und den Nachbarwährungen anbelangt. Alles ist möglich. Dazu kommt nach CHRISTOPHERSEN die wichtige Funktion einer Euro-Währung als "Anker" für die Währungen der Länder Mittel- und Osteuropas.

6.5. Auf die Frage von BRD nach einer allfälligen "géométrie variable" unterstreicht CHRISTOPHERSEN die Notwendigkeit, die WWU als Gemeinschaftsprojekt zu konzipieren (also keine Wiederholung der Schengener Formel). Das schliesst vorübergehende Ausnahmen und unterschiedliche Uebergangsfristen nicht aus. Grossbritannien dürfte noch im laufenden Jahr dem EWS-Wechselkursmechanismus beitreten. Grossbritannien wird mitverhandeln wollen, um die Isolierung zu vermeiden. Schon jetzt schliesst die Regierung eine Euro-Währung nicht mehr grundsätzlich aus.

## 7. Gespräch mit Kommissionsmitglied Frau C. SCRIVENER

Frau SCRIVENER betreut in der EG-Kommission die Dossiers Zollunion und Steuerfragen.

7.1. Frau SCRIVENER gab zunächst einige Hinweise auf die fiskalischen Aspekte der deutschen Einheit. Die DDR hat nun die Mehrwertsteuer eingeführt und auch de facto den Schritt zur Zollunion getan. Nun muss dafür gesorgt werden, dass das in der Praxis auch funktioniert.

7.2. Mit Recht ist Frau SCRIVENER stolz auf den Durchbruch auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung (namentlich Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Uebernahmen und Fusionen von Firmen in verschiedenen EG-Ländern) nach langjähriger Blockierung durch eine deutsch-niederländische Meinungsdivergenz. Ein Abgehen von der Einstimmigkeitsregel in Steuersachen ist nach Frau SCRIVENER dringend geworden, sonst kann der Binnenmarkt nicht vollendet werden.

7.3. Frau SCRIVENER ist auch stolz darauf, dass der Rat ihre Vorschläge für eine Uebergangsregelung bei der Mehrwertsteuer gut aufgenommen hat. Auf diese Weise ist zumindest sichergestellt, dass Ende 1992 die fiskalischen Grenzkontrollen wegfallen. Wichtig ist auch, dass jetzt in mehreren Staaten der EG die Steuersätze dem EG-Mittel angenähert werden. Das bedeutet vor allem eine Senkung der höchsten Sätze. Bei den Akzisen (Sonderverbrauchssteuern) harzt es noch, aber die Debatte ist in Gang gekommen. Dänemark bereitet die meisten Sorgen, da das ganze Sozialversicherungssystem auf der indirekten Besteuerung beruht.

7.4. Was die Besteuerung von Kapitalerträgen anbelangt, weist Frau SCRIVENER darauf hin, dass Luxemburg heute bereits bereit ist, die Quellensteuervorlage der Kommission zu Fall gebracht zu haben. Befriedigt zeigt sich Frau SCRIVENER



in diesem Zusammenhang, dass der 1. Juli, Tag der Einführung der Freiheit des Kapitalverkehrs in Frankreich und Italien, problemlos ins Land gegangen ist. Es gab keine plötzliche Kapitalflucht. Längerfristig wird man allerdings schon etwas tun müssen. Die Besteuerung der Kapitalerträge tendiert auf Null zu. Das ist letztlich unbefriedigend. Als Rahmen, um Lösungen zu finden, ist jedoch die EG zu klein. Vielleicht könnte dies im IWF geschehen. Die Schweiz sollte auf jeden Fall einbezogen werden. Dabei hält Frau SCRIVENER an ihrer Meinung fest, dass es letztlich nur eine Lösung gibt: die Einführung einer Quellensteuer, die von jeder weiteren Besteuerung befreit ("retenue à la source libératoire"). Damit wären Anonymität (inkl. Bankgeheimnis) und Wettbewerbsgleichheit gewahrt und der Staat käme dennoch zu seinem Geld.



B. von Tscharner



Eidgenössisches Departement  
für auswärtige Angelegenheiten  
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement  
Integrationsbureau

Département fédéral des affaires étrangères  
Département fédéral de l'économie publique  
Bureau de l'intégration

3003 Bern  
Bundeshaus Ost

☎ 031 / 61

Ihr Zeichen  
Votre signe  
Vostra sigla

Unser Zeichen  
Notre signe  
Nostra sigla

20 juillet 1990  
23 27

777.901



nep/coc

- Ambassades de Suisse à: Helsinki, Oslo, Stockholm, Vienne, Athènes, Bonn, Bruxelles, La Haye, Dublin, Copenhague, Lisbonne, Londres, Luxembourg, Madrid, Ottawa, Paris, Rome, Tokyo, Washington
- Délégation suisse près l'OCDE, Paris
- Représentation permanente de la Suisse auprès du Conseil de l'Europe, Strasbourg

Aux membres du Comité interdépartemental sur  
l'intégration européenne:

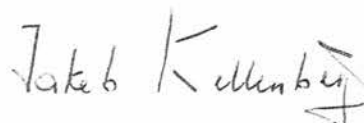
- 
- Secrétaire d'Etat F. Blankart, co-président
  - Secrétaire d'Etat K. Jacobi, co-président
  - DFAE: M. l'Ambassadeur M. Krafft (GT V)
  - DFI: M. S. Schwager, Secrétariat général
  - DFJP: M. O. Jacot-Guillarmod, Vice-directeur
  - DMF: M. B. Marfurt, Collaborateur personnel du Chef du Département
  - DFF: M. U. Gygi, Directeur
  - DFEP: M. l'Ambassadeur S. Arioli (GT I)
  - DFTCE: M. F. Mühlemann, Secrétaire général
  - ChF: M. A. Casanova, Vice-chancelier
  - M. K. Hug, Directeur, OFIAMT (GT III)
  - M. l'Ambassadeur M. Baldi, OFAEE (GT II)
  - M. R. Bärffuss (GT IV)
  - Mission suisse auprès des CE, Bruxelles
  - Délégation suisse près l'AELE et le GATT, Genève
  - DFF : M. H. Ith
  - DFEP: M. G. Stoudmann, Collaborateur personnel du Chef du Département
  - DFAE: M. P. Combernous, Collaborateur personnel du Chef du Département
  - OFAEE : jek, pur, gir, zos, ebe, was, jag, wys, egg, web, bro, sti.
  - Collaborateurs du BI

Mesdames, Messieurs,

Permettez-nous de vous faire parvenir ci-joint un rapport sur les entretiens de M. le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz avec M. Jacques Delors et plusieurs membres de la Commission des CE à Bruxelles le 17 juillet 1990 et un rapport portant sur une réunion interne AELE du groupe de direction de la négociation sur l'EEE qui s'est tenue à Bruxelles du 16 au 18 juillet 1990.

Nous vous prions d'agréer, Mesdames et Messieurs,  
l'expression de nos sentiments distingués.

BUREAU DE L'INTEGRATION DFAE/DFEP



Jakob Kellenberger